

# EWN

Entsorgungswerk für  
Nuklearanlagen



# Pressespiegel

09.08.2022

# Inhalt

## EWN

|   |   |
|---|---|
| 1   <b>Streit um Gas-Spezialschiffe: LNG-Unternehmer verärgert über Bundesregierung</b><br><i>tagesspiegel.de, 07.08.2022</i> ..... | 3 |
| 2   <b>»Der Reaktor wird zum Jahresende vom Netz gehen. Alles andere macht keinen Sinn«</b><br><i>SPIEGEL+, 08.08.2022</i> .....    | 5 |

## Streit um Gas-Spezialschiffe: LNG-Unternehmer verärgert über Bundesregierung

*Über Lubmin soll Ostdeutschland und Bayern schon im Winter mit Gas versorgt werden. Dafür will die private Betreiber-Firma auch an die Rohre von Nord Stream 2.*

Für Stephan Knabe läuft alles nach Plan: „Noch 115 Tage, bis das erste LNG Lubmin erreicht“, sagt der Aufsichtsratsvorsitzende der „Deutsche Regas“ am Telefon. Der Steuerberater aus Potsdam will gemeinsam mit seinem alten Freund Ingo Wagner, einem Investmentbanker, in den turbulenten Gas-Markt einsteigen.

Seit Monaten arbeiten sie an ihrer Vision, ein Flüssigerdgas-Terminal im mecklenburg-vorpommerschen Lubmin zu installieren. Eines von weltweit 48 FSRU-Spezialschiffen zur Regasifizierung des LNG haben sie sich gesichert, Verträge mit dem Hafen geschlossen, erste Genehmigungsanträge eingereicht. Gelingt ihr Plan, könnten sie Ostdeutschland bis Bayern noch in diesem Winter mit Gas versorgen. Doch ausgerechnet auf die Bundesregierung, die händeringend nach neuen Gas-Lieferanten jenseits von Russland sucht, ist Knabe nicht gut zu sprechen.

„Ich wundere mich, dass die Regierung uns bei der Vergabe der staatlich finanzierten FSRU-Schiffe nicht wenigstens gefragt hat“, sagt Knabe. Für rund drei Milliarden Euro hat sich die Bundesregierung vier der Spezialschiffe für etwa zehn Jahre gesichert. Die stellt sie den Betreibern der LNG-Terminals zur Verfügung – ein ungewöhnliches Konstrukt, wie auch Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sagt.

Doch so soll keine Zeit verloren gehen. In Wilhelmshaven mit Uniper als Betreiber und Brunsbüttel mit Gasunie sollen noch in diesem Jahr LNG-Terminals entstehen, in Stade (Hanseatic Energy Hub) und Lubmin (RWE) im kommenden Jahr. Knabes „Deutsche Regas“ mit nur rund 20 Mitarbeitern hatte als einziges Unternehmen ein eigenes FSRU-Schiff beschafft – und hätte nun gerne ein zweites: „Wir haben uns sofort nach Bekanntgabe des Liegeortes Lubmin für das vierte Bundesschiff darum beworben. Hier werden private Betreiber ungleich behandelt“, kritisiert Knabe.

**Die Pläne von RWE in Lubmin sind noch nicht spruchreif**

Er hält zudem die Pläne der Konkurrenz für unausgereift: „RWE und Stena haben meines Wissens bislang kein fertiges Konzept veröffentlicht, wie sie das Schiff vor Lubmin zum Einsatz bringen wollen.“ Tatsächlich äußert sich RWE auf Anfrage zurückhaltend. „Gemeinsam mit der Bundesregierung befinden wir uns in guten Gesprächen mit dem Ziel, ein schwimmendes LNG-Terminal vor Lubmin zu errichten“, sagt ein Sprecher. Details könne er nicht nennen.

**Stephan Knabe will den Gas-Markt aufmischen.**

Auch im Wirtschaftsministerium hält man sich bedeckt: „Zum FSRU in Lubmin sind wir noch in Gesprächen zur Umsetzung, das betrifft auch mögliche Betreiber“, sagt eine Sprecherin auf Anfrage. Offenbar war die Vergabe der vier LNG-Standorte unter großem Druck erfolgt - in Lubmin gibt es noch zahlreiche offene Fragen.

Denn der Standort birgt einige Hürden. Der Bodden vor dem Hafen ist zu flach, als dass schwere LNG-Tanker einfahren könnten. Die „Deutsche Regas“ will daher mit kleinen Shuttle-Schiffen das Flüssigerdgas in den Hafen bringen. Dort ist aber nur Platz für ein FSRU-Schiff. Das der Bundesregierung müsste rund 20 Kilometer vor der Küste befestigt und mit einer Pipeline angeschlossen werden.

**Regierung fürchtet die Reaktion aus dem Kreml**

Ein sensibler Eingriff in das Ökosystem des Nationalparks. Zudem ist der Platz beschränkt, weil bereits die beiden Pipelines Nord Stream 1 und 2, sowie viele Unterstromkabel der aktuellen und zukünftigen Offshore-Windparks auf dem Meeresboden liegen.

Stephan Knabe geht daher in die Offensive und bekundet Interesse an dem FSRU-Schiff, das die Bundesregierung „frühestens Ende 2023“ in Lubmin in Betrieb nehmen möchte. „Wir könnten das Schiff sofort als LNG-Lager einsetzen und es in einem zweiten Schritt als weiteres Terminal anschließen. So wür-

den die Steuergelder effizient genutzt“, sagt Knabe. Der Unternehmer verfolgt dabei eine riskante Strategie. Er will das FSRU-Schiff direkt an die ungenutzten Rohre der Nord Stream 2 andocken. „Es geht schnell und bringt viel Gas nach Deutschland.“

#### **4,5 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr**

Aus dem Wirtschaftsministerium erhält Knabe aber ei-

ne Absage: „Die Nord Stream 2 ist nicht zertifiziert und damit nicht genehmigt, insofern stellt sich die Frage für uns nicht“, sagt eine Sprecherin. In der Regierung fürchtet man die Reaktion des Kremls, sollte man die russischen Rohre de facto enteignen. In Moskau würde dies wohl als Provokation verstanden und böte einen Vorwand, auch die letzten Gas-Lieferungen über Nord Stream 1 einzustellen.

**NIEDERSACHSENS UMWELTMINISTER ZUR DEUTSCHEN ATOMDEBATTE****»Der Reaktor wird zum Jahresende vom Netz gehen. Alles andere macht keinen Sinn«**

*Drei Atomkraftwerke sind noch in Betrieb, darunter eins im Emsland. Für sie wird ein Streckbetrieb diskutiert. Doch Niedersachsens Umweltminister Lies lehnt das ab. Hier erklärt er, wie er dennoch Energiesicherheit gewährleisten will.*

**SPIEGEL:** Herr Lies, haben Sie Angst vor einem kalten Winter?

**Lies:** Das macht mir schon große Sorgen. Wir müssen uns darauf einstellen, dass keine weiteren Gaslieferungen mehr aus Russland kommen. Darum müssen wir so weit wie möglich auf Gas verzichten. Unser Ziel: 20 Prozent Einsparungen sowohl beim Heizen als auch beim Stromverbrauch. Das gilt für die Bürger wie auch für die Wirtschaft.

**SPIEGEL:** Müssen sich die Menschen in Niedersachsen auf 20 Grad Raumtemperatur in ihren Wohnungen, kalte Schwimmbäder und dunkle Innenstädte einstellen?

**Lies:** Wir müssen unser Verhalten grundlegend verändern. Wir stehen tatsächlich vor einer Zeitenwende, was bei vielen Bürgern noch gar nicht angekommen ist. Denn viele Energieverträge laufen derzeit unverändert weiter. Die Menschen genießen ihren Sommerurlaub. Wie weit die Energiepreise steigen werden, werden sie direkt häufig erst im Herbst sehen und durch die Forderungen ihre Energieversorger erfahren. Sparen ist also das wichtigste Gebot. Es muss nicht jedes Zimmer beheizt werden. Eine Raumtemperatur von 20 Grad ist durchaus zumutbar. Auch im öffentlichen Raum ist vieles möglich, etwa bei der Beleuchtung von Denkmälern und in den Büros. Ob zudem die Schwimmbäder und Saunen kalt bleiben müssen, muss man am Ende abwägen.

**SPIEGEL:** Bayerns Regierungschef Markus Söder wirft Ihnen Untätigkeit vor. Gasvorkommen in Niedersachsen würden nicht genutzt. Warum wollen Sie Frackinggas aus den USA importieren, es aber selbst nicht fördern?

**Lies:** Herr Söder ist der König der Nimbys, die von anderen fordern, selbst aber nicht viel auf die Reihe bekommen. Beim Ausbau des Stromnetzes, der Windenergie, Endlagersuche – überall stand Bayern auf der Bremse. Bei den regenerativen Energien könnte die CSU -geführte Landesregierung viel weiter sein. Jetzt auf Kernenergie und das Fracking in anderen Bundesländern zu setzen, ist absurd.

**SPIEGEL:** Frackinggas aus den USA kommen zu lassen, es aber in Deutschland zu verbieten, klingt nicht weniger absurd...

**Lies:** ...glücklich bin ich darüber auch nicht. Zehn Prozent des importierten LNG-Gases wird Frackinggas aus den USA sein. In Deutschland ist es richtigerweise gesetzlich verboten. Wenn wir das ändern wollten, so sagen es die Fachbehörden, wird das allein aus technischen Gründen etwa zehn Jahre in Anspruch nehmen. Stattdessen sollten wir uns darauf konzentrieren, ganz unabhängig von fossilen Brennstoffen zu werden, was wir in dieser Zeit auch schaffen werden. Dann können wir mit den neuen Terminals grünes Gas importieren.

**SPIEGEL:** Wird Deutschlands erstes LNG-Terminal in Wilhelmshaven rechtzeitig zum Winter fertig sein?

**Lies:** Stichtag ist der 21. Dezember, und wir werden fertig. Der Gaspreis ist derzeit so hoch, dass ich keine Probleme sehe, dann auch tatsächlich Schiffe mit LNG-Gas dorthin zu bekommen. Die wirtschaftlichen Anreize sind groß. Zusammen mit dem Einsparpotenzial müssten wir damit über den Winter kommen.

**SPIEGEL:** Außerdem setzen Sie auf Steinkohle. Das Kohlekraftwerk in Mehrum bei Hannover soll wieder ans Netz gehen. Es verbraucht jeden Tag 5700 Tonnen Kohle, die unter anderem in Südafrika gefördert wird

und dann den langen Weg mit Schiffen nach Niedersachsen zurücklegen wird. Ist das klimapolitisch sinnvoll?

**Lies:** Auch das bereitet mir erhebliche Bauchschmerzen, aber was sein muss, muss sein. Für einen gewissen Zeitraum müssen wir Kohle einsetzen, um bei der Energieversorgung weitestgehend auf Gas verzichten zu können. Das tut weh, weil wir von den fossilen Brennstoffen ja wegkommen wollen und müssen.

**SPIEGEL:** Warum lassen Sie das Atomkraftwerk Emsland nicht ein, zwei Jahre weiterlaufen? Es produziert mehr als doppelt so viel Strom wie Mehrum und hat eine bessere Klimabilanz.

**Lies:** Der Reaktor Emsland wird zum Jahresende vom Netz gehen. Alles andere macht keinen Sinn. Die Brennelemente sind bereits jetzt derart abgebrannt, dass sie nicht mehr genügend Energie haben, um bis zum Jahresende im Vollbetrieb zu laufen. Darum wird das AKW bereits im November in den Stauchungsbetrieb gehen. Würden wir neue Brennelemente bestellen, müssten wir diese vier bis fünf Jahre einsetzen, damit die dann so weit abgebrannt sind, dass man sie einlagern kann. Das heißt: Das wäre ein Wiedereinstieg in die Kernenergie, den wir nicht wollen. Gesetzlich wäre das auch aktuell gar nicht möglich.

**SPIEGEL:** Eine Mehrheit in der Bevölkerung befürwortet einen vorübergehenden Weiterbetrieb der drei verbliebenen Reaktoren Emsland, Isar II und Neckarwestheim II.

**Lies:** Es macht mich schon nachdenklich, dass ein Großteil der Gesellschaft einen breiten Konsens zum Ausstieg aus der Kernenergie infrage stellt. Das löst aber das eigentliche Problem nicht: Wir müssen uns auf den Ausbau der erneuerbaren Energien konzentrieren. Wenn wir jetzt die Laufzeiten der Kernreaktoren verlängern, nehmen wir den konstruktiven Druck aus dem Kessel, der dafür sorgt, noch schneller beim Bau von Windrädern und Fotovoltaikanlagen zu werden.

**SPIEGEL:** Eine energiepolitische Entscheidung aus pädagogischen Gründen?

**Lies:** Nein, es gibt seit Jahren einen gesamtgesellschaftlichen Konsens zum Ausstieg aus der Kernenergie, die nicht beherrschbar ist, wie Fukushima und Tschernobyl gezeigt haben. Die einzige sinnvolle Alternative zu Atomstrom und den fossilen Brennstoffen sind die regenerativen Anlagen. Wenn wir dort konse-

quent vorangehen, sind wir in einigen wenigen Jahren autark.

**SPIEGEL:** Selbst Ihr Parteifreund Bundeskanzler Olaf Scholz hält den Weiterbetrieb der Kraftwerke für möglich. Überzeugt Sie das nicht?

**Lies:** Der Bundeskanzler sagt, dass wir das Ergebnis des Stresstests abwarten müssen, der aufzeigen soll, wie wir die Stromversorgung bei ausbleibenden Gaslieferungen sicherstellen können. Für das bayerische Kraftwerk Isar II mag eine zeitlich begrenzte Streckung sinnvoll sein, da die Brennstäbe noch nicht abgebrannt sind und für weitere 120 Tage in Volllast Strom erzeugen könnten. Für das AKW Emsland gilt das nicht.

**SPIEGEL:** Ein Teil der Atomenergie wird durch Gaskraftwerke ersetzt. Wie lange werden wir noch von russischem Gas abhängig sein?

**Lies:** Ich bin zuversichtlich, dass wir bis 2024 ganz auf russisches Gas verzichten können. Das bedarf einer großen Kraftanstrengung, ist aber möglich.

**SPIEGEL:** Ein Teil des russischen Gases soll durch grünes Gas ersetzt werden. Wie stellen Sie sich das vor?

**Lies:** Wir wollen vor allem beim grünen Wasserstoff vorankommen. Es geht dabei weltweit um den Ausbau von Anlagen, die mit Wind oder Sonnenenergie Wasserstoff produzieren und eben auch nach Deutschland transportieren können. Grüner Wasserstoff ist klimaneutral und hat das Potenzial, fossile Brennstoffe zu ersetzen, allerdings können wir die notwendigen Mengen nicht komplett in Deutschland aus grünem Strom produzieren. Wir werden zukünftig etwa 30 Prozent der Energie als grünen Wasserstoff importieren müssen.

**SPIEGEL:** Auch Biogasanlagen liefern umweltfreundliche Energie. Soll zukünftig mehr Mais für Biosprit angebaut werden?

**Lies:** Auf keinen Fall. Der Anteil von Biogas an der Energieproduktion ist aus gutem Grund gedeckelt. Wir haben heute bereits große Flächen, auf denen Mais und andere schnell wachsende Pflanzen für die Biogasproduktion angebaut werden. Diese Flächen stehen in Konkurrenz zur Lebensmittelproduktion und haben zudem den Nachteil aller Monokulturen, die den Boden langfristig auslaugen. Darum müssen wir hin zu mehr Abfallverwertung in der Landwirtschaft: hin zu Gülle und Reststoffen, weg vom Mais.